

Jahrbuch „Ökonomie und Gesellschaft“ 2024 zum Thema „Konversion: Eine Strategie in der sozialökologischen Transformation“ [Arbeitstitel]

Konzept des Bandes / Call for papers

Das Jahrbuch 2024 der im Metropolis-Verlag erscheinenden Jahrbuch-Reihe Ökonomie und Gesellschaft soll die Konversion von Produktionsprozessen und Produkten als strategische Aufgabe in der sozialökologischen Transformation diskutieren. Hierzu sind Vorschläge für Beiträge willkommen (mehr zu den Jahrbüchern Ökonomie und Gesellschaft: siehe unten). Der Band wird herausgegeben von Peter Bartelheimer und Silke Ötsch.

Thema und Fragestellungen

Nach dem Klimaschutzgesetz soll Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 um 65 Prozent senken und bis 2045 netto treibhausgasneutral wirtschaften. Schon um dieses Ziel noch zu erreichen, sind sowohl industrielle Produktionsprozesse als auch Dienstleistungen in kurzer Frist umzustellen. Um die Erderwärmung auf 1,5° zu begrenzen, müsste die Transformation deutlich beschleunigt werden. Auch andere ökologische Krisen wie der Verlust der Artenvielfalt, die Versauerung und Verschmutzung der Meere und die Verknappung von Trinkwasser erfordern eine Anpassung der Ökonomie an Grenzen des Erdsystems.

Umweltpolitische Diskussionen konzentrieren sich häufig auf den Konsum, der am Ende der Kette des Umweltverbrauchs steht. Maßnahmen können jedoch nur effektiv sein, wenn sie auch am Ort der Produktion, also in Betrieben und Unternehmen ansetzen. Die Umstellung der Produktion betrifft nicht nur die Produktionstechnik und den Arbeitsprozess, sondern auch die Produkte und damit die Zusammensetzung des inländischen Konsums als materieller Grundlage der Lebensweise sowie des Außenbeitrags. Es ist eine offene Frage, ob ein Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen durch eine bloße ökologische Modernisierung des bestehenden Produktions- und Sozialmodells erreicht werden kann.

Maßnahmen zur Bewältigung der ökologischen Krisen sind gesellschaftlich umkämpft – sie spitzen Interessengegensätze zu, können bei falscher Gestaltung bestehende soziale Ungleichheit verschärfen. Sie begegnen in innergesellschaftlichen und internationa-

len „Transformationskonflikten“ dem Widerstand von Akteuren, die am Status quo interessiert sind und können am Beharrungsvermögen der Institutionen scheitern, die Ökonomie, Erwerbsarbeit und Lebensweisen regulieren. Sozialökologische Strategien verknüpfen Ziele der Umweltgerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit, um gesellschaftliche Kräfte zu stärken, die Transformationsziele gegen Blockaden durchsetzen können.

Produktionsumstellung ist nicht als eng definierte technische Aufgabe oder als reines Managementproblem zu verstehen – sie greift in die betriebliche und gesellschaftliche Organisation von Erwerbsarbeit ein. Verbünden sich die Arbeitenden und ihre betrieblichen Interessenvertretungen mit dem Management gegen Umstellungen, etwa weil ihre Sicherungsansprüche an die bestehenden Arbeitsplätze gebunden sind, ist der Umbau blockiert. Umstellungskonzepte, die die Klima- und Umweltbewegung mit Interessen der Beschäftigten zusammenführen und von den Arbeitenden gestaltet werden können, werden in Abgrenzung zu rein unternehmerischen Anpassungsstrategien „von oben“ als Konversionskonzepte bezeichnet. Der Begriff schließt an Initiativen zu alternativer Produktion aus den 1970er und 80er Jahren an. Das Jahrbuch soll einen Überblick über Chancen und Probleme einer solchen beteiligungs- und bündnisorientierten Transformation geben.

Klimapolitischer Handlungsdruck

Laut Projektionsbericht der Bundesregierung (2021) muss Deutschland bis 2040 seine Treibhausgasemissionen in der Energiewirtschaft senken (um 84% verglichen mit 1990), in der Industrie (um 51%), im Verkehr (um 52%), im Gebäudesektor (um 50%) und in der Landwirtschaft (um 31%). In Deutschland muss sich insbesondere die Automobilbranche wandeln und die Chemie-, Stahl- sowie Zementindustrien und Bausektor ihren Emissions- und Ressourcenverbrauch stark senken. Im Dienstleistungssektor arbeiten Dreiviertel aller Beschäftigten. Einige Bereiche sind mit fossilen Produktionsstrukturen verknüpft, in anderen können vergleichsweise emissionsarme Arbeitsplätze entstehen, die einen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten. Über Finanzdienstleistungen können je nach Rahmenbedingungen Gelder entweder in „braune“ oder in nachhaltige Sektoren fließen.

Konversionsbegriff

Der Konversionsbegriff ist durch gewerkschaftliche und friedenspolitische Konzepte der 1970er und 80er Jahre diskursiv vorgeprägt. Die damaligen Konversionskonzepte waren jedoch nicht so erfolgreich wie erhofft; ihre kritischen Impulse wurden kleingearbeitet, ihre gesellschaftspolitischen Anliegen zu betriebswirtschaftlichen Managementoptionen ‚konventionalisiert‘. Der Begriff kann daher nicht naiv übernommen werden. Sozialökologische Strategiediskurse greifen heute vor allen dann auf ihn zurück, wenn sie die zentrale Rolle der Arbeitenden in der Transformation ansprechen. Konversionskonzepte sollen den Gegensatz von Umwelt- und Beschäftigungszielen überwinden und Bündnisperspektiven zwischen Klima- und Arbeiterbewegung ermöglichen – sie können für eine arbeitspolitische Wende der Klimabewegung stehen und für gewerkschaftliche Umweltpolitik oder „working-class environmentalism“. Was aber Konversion als besondere Perspektive in der sozialökologischen Transformation auszeichnen soll, ist auch in kritischer Reflexion früherer Ansätze neu zu bestimmen.

Betriebliche Voraussetzungen

Ökosoziale Konversionsstrategien erweitern Ansprüche der Beschäftigten an gute Arbeit um Nachhaltigkeitsanforderungen an den Arbeitsprozess und an die Produkte. Nehmen die Beschäftigten Einfluss auf das „Was“ und „Wie“ der Produktion, erweitert sich damit auch die Arena betrieblicher Konflikt- und Kooperationsbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Ob aus Transformationsdruck eine betriebliche Konversionsperspektive für die Beschäftigten entsteht, hängt daher von Machtverhältnissen im Betrieb ab.

Zu diskutieren sind aber auch weitere Bedingungen. Wie weit gehen Qualifikation und Erfahrungswissen der Beschäftigten in den Arbeitsprozess und in Innovationsprozesse ein? Welche Rolle spielen arbeitsökologische Themen? Welche Haltung haben die Beschäftigten zu den Produktionslinien, die unter Transformationsdruck stehen? Wie nehmen sie die Naturbedingungen ihrer Arbeit und ihre Wirkungen auf Ökologie, Umwelt und Lebensweise wahr? Wie stehen sie zu Umweltbewegungen und ökologischem Aktivismus? Betriebliche Konfliktkonstellationen, vorausgegangene Erfahrungen mit Rationalisierungen und Produktionsumstellungen oder negative Transformationserfahrungen können beeinflussen, wie Arbeitende in sozialökologischen Transformationskonflikten Position beziehen.

Mit der zwischenbetrieblichen und internationalen Arbeitsteilung in der Wertschöpfungskette, mit Beziehungen zwischen Endherstellern und Zulieferern und mit der Ausbreitung überbetrieblicher Arbeitsformen steht zudem in Frage, wie weit der einzelne Betrieb noch einen abgegrenzten Rahmen für Konversionsideen abgeben kann.

Soziale Garantien

Konversion kam in der Vergangenheit als beschäftigungsorientierte Antwort auf betriebliche Schließungskrisen ins Spiel. Im ökosozialen Umbau der Wirtschaft dagegen können Konversionsstrategien schwerer versprechen, Beschäftigung, beruflichen Status und Einkommen einzelbetrieblich zu sichern. Sind Produktionslinien und Geschäftsmodelle klima- und umweltpolitisch nicht mehr akzeptabel, geht es für viele Beschäftigte darum, Beschäftigungsstabilität und Qualifizierung überbetrieblich zu sichern. Damit hängen Konversionsperspektiven kritisch von sozialen Garantien ab, die in der Gewerkschaftsbewegung als Teil der Leitidee der „just transition“ angesprochen werden. Vor allem transformative Instrumente der Arbeitsförderung sind gefordert, Beschäftigten Entscheidungsfreiheit bei Arbeitsmarktübergängen zu ermöglichen und Erwerbsbiografien überbetrieblich zu sichern. Eine bedingungsarme Grundsicherung als unteres Netz und eine öffentliche Grundversorgung mit Diensten und Infrastrukturen können eine zusätzliche Sicherungsfunktion erfüllen.

Branchen in der Transformation

Konversion wird derzeit vor allem für Branchen diskutiert, die wegen ihrer Abhängigkeit von fossiler Energie und ihrem Beitrag zu Treibhausgasemissionen unter Transformationsdruck stehen und in denen Betrieben die Abwicklung oder Personalabbau droht, etwa in der Auto- und Zulieferindustrie. Bei der Transformation stellen sich für diese Branchen zugleich außerbetriebliche Systemfragen nach alternativen Formen der Mobilität. In anderen Branchen fällt der notwendige ökologische Umbau des Sektors mit insgesamt eher wachsendem Arbeitskräftebedarf zusammen, etwa in der Bauwirtschaft oder der Energieinfrastruktur. Zugleich beginnt eine Diskussion über die Rolle der sozialen Dienstleistungen in der ökosozialen Transformation. Konversion muss daher nicht nur eine Strategieoption für Schließungskrisen in Industriebranchen sein.

Regionale Strukturpolitik

Konversionslösungen für einzelne Produktionslinien und Unternehmen sind ökonomisch tragfähiger und politisch eher durchsetzbar, wenn sie Rückhalt in der Region haben. Regionen bilden Märkte für viele alternative Produkte. Der ökologische Nutzen und die Beschäftigungseffekte einzelbetrieblicher Produktionsumstellungen setzen systemische Veränderungen auf anderen Handlungsebenen voraus: Die Umstellung etwa der Energie- und Verkehrsinfrastruktur ist regional umzusetzen. Auch Beschäftigung und Qualifizierung können, wo sie mit Betriebswechselln verbunden sind, am besten regional garantiert werden.

In den 90er Jahren war Konversion vor allem im Zusammenhang mit der Umnutzung von Militärf lächen und Industriebrachen ein Thema der Regionalpolitik. Heute erfordern Konzepte regionaler Struktur- und Industriepolitik, die auf den Transformationsdruck durch Digitalisierung und Klimapolitik reagieren, eine Ausrichtung der strukturpolitischen Programme des Bundes (Gemeinschaftsaufgaben), der Länder und der EU (Strukturfonds) auf neue arbeits-, beschäftigungs- und umweltpolitische Ziele. In der Diskussion sind neue regionale Beteiligungsformate und Handlungskonzepte – so in der gewerkschaftlichen Forderung nach regionalen Transformationsräten.

Finanzielle Rahmenbedingungen

Für das Gelingen von Konversionsprojekten sind finanzielle Rahmenbedingungen besonders wichtig. Finanzieller Druck kann einerseits Wandel erzwingen, andererseits Gestaltungsspielräume und Risikobereitschaft einschränken. In den nächsten Jahren kommen hohe Investitionskosten auf Unternehmen, öffentliche Haushalte, Kommunen und Privathaushalte zu. Zu erwarten sind außerdem Preisveränderungen durch Verknappung von Ressourcen und Bepreisung von Umweltverbrauch. Maßnahmen zur Transformation sollen nach Plänen des Europäischen Green Deals oder der Sustainable-Finance-Initiative der Bundesregierung in großem Maß über private Gelder finanziert werden. Derzeit wird ausgehandelt, welche Anreize und Regulierungen Gelder in nachhaltige Investitionen lenken sollen und welche Rolle Förderbanken, öffentliche Banken und öffentliche Investitionen spielen. Unternehmen sind je nach Größe und Branche unterschiedlich gut auf die Finanzierung des Umbaus vorbereitet. Großunternehmen haben eher eigene Reserven und Planungskapazitäten, kleinere sind stark gefordert und voraussichtlich eher auf externe Finanzierung angewiesen. Das Gelingen des Umbaus und von Konversionsprojekten wird von Finanzierungsmöglichkeiten auf Unternehmensebene abhängen sowie von der Finanzierung flankierender

arbeits-, sozial und strukturpolitischer Maßnahmen und Infrastrukturen. Nicht zu vernachlässigen sind Verteilungsfragen und Fragen der ökologischen Gerechtigkeit, damit der politische Rückhalt für den Wandel besteht.

Partizipationsrechte

Konversionsprojekte werden auch als eine Möglichkeit zur Ausweitung direkter Demokratie gesehen. Sie sollen Partizipation ermöglichen, die über konventionelle Formen der Mitbestimmung in Betrieben hinausgeht und etwa „Produzentendemokratie“ anstrebt, also die Mitbestimmung über die Art der Produkte. Zudem sollen sich relevante gesellschaftliche Gruppen bzw. zivilgesellschaftliche Stakeholder an Produktionsentscheidungen beteiligen können. Infrastrukturen der „Fundamentalökonomie“ sollten, selbst wenn sie im privaten Eigentum sind, über rechtliche Verpflichtungen zur Bindung an öffentliche Interessen ausgerichtet und kontrolliert werden. Im gewerkschaftlichen Kontext werden „industrielle Bürgerrechte“ und erweiterte Mitbestimmungstatbestände im Betrieb und „Zukunftsvereinbarungen“ diskutiert. Wirtschaftsdemokratische Initiativen sollen nicht nur auf der Mikroebene angesiedelt sein, sondern von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf Ebene der Branche, der Region und der gesamten Volkswirtschaft bzw. über Steuerung der Makroebene gestützt werden. Zur Debatte stehen auch Industriepolitik oder ergänzende Maßnahmen der Global- oder Investitionssteuerung, die in den 1970er-Jahren diskutiert wurden. Doch ist zu fragen, wie und ob sozial-ökologische Erwartungen an Partizipation erfüllt werden können. Direkte Demokratie kann mit repräsentativer Demokratie kollidieren, kann in Pseudo-Beteiligung, Selbstaussbeutung oder Betriebsegoismus ausarten oder an Erfordernissen von Expertise scheitern. Zudem kollidieren Ansprüche auf Ausrichtung am Gemeinwohl mit Ansprüchen der Repräsentation in pluralen Gesellschaften. Ist es möglich, diesen verschiedenen Ansprüchen gerecht zu werden?

Akteure, Allianzen und Konflikte

Die Anliegen von Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltbewegungen und -Verbänden wurden vor einigen Jahren noch als gegensätzlich beschrieben. Inzwischen hat eine Annäherung stattgefunden: die Notwendigkeit des ökologischen Wandels liegt ebenso auf der Hand wie die Notwendigkeit, durch die Berücksichtigung sozialer Anliegen eine möglichst breite Akzeptanz für Umweltmaßnahmen zu erreichen. Der Wandel wird allerdings verschiedene Gruppen unterschiedlich treffen. Es ist zu erwarten, dass

sich neben neuen Allianzen auch neue Konfliktlinien und auch Blockadebündnisse ergeben. In der Konversion sollen Beschäftigte den Wandel aktiv gestalten, wogegen passiv erfahrener Wandel und enttäuschte Erwartungen eher Widerstände hervorrufen. Konfliktpotenzial bergen auch unterschiedliche Vorstellungen über die Reichweite des Wandels und unterschiedliche Machtressourcen. Können etwa Beschäftigte und Umweltaktivist:innen durch eine Bündelung der Kräfte dafür sorgen, dass die Transformation nicht durch Lobbying, Greenwashing oder egoistischen Interessen blockiert wird oder auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird? Wie kann eine Bündelung der Kräfte im sozial-ökologischen Sinne gelingen und welche Schwierigkeiten sollten beachtet werden?

Konversion in der sozialökologischen Transformation

Konzepten der sozialökologischen Transformation ist die regulative Idee gemeinsam, Ökonomie und Lebensweise an die Ober- und Untergrenzen eines sicheren und gerechten Entwicklungsrahmens anzupassen, wobei sich die Obergrenzen aus Anforderungen des Erdsystems, die Untergrenzen aus Ansprüchen an gesicherte und selbstbestimmte Lebensführung ergeben. Die langfristig gegensätzlichen strategischen Orientierungen eines Europäischen New Deals oder einer Postwachstumsgesellschaft beruhen aber auf unterschiedlichen Einschätzungen dazu, wie weit eine solche Anpassung Green Growth ermöglicht oder einen Bruch mit kapitalistischen Wachstums- und Verwertungszwängen voraussetzt. Auch Konversionskonzepte müssen sich zwischen diesen strategischen Polen verorten. Wie realistisch ist eine ergebnisoffene Entwicklung von Produktionsalternativen, die nicht sofort die „Systemfrage“ stellt? Können Konversionskonzepte als „Übergangsforderungen“ eine radikal-reformistische Brücke zwischen den gegensätzlichen strategischen Perspektiven bilden?

Termine

Interessierte, die zu diesem Jahrbuch beitragen möchten, bitten wir um Abstracts (bis zu 5.000 Zeichen) bis zum 31. Mai 2023. Rückmeldungen zu den Beitragsangeboten sind bis Mitte Juni 2023 zu erwarten. Beitragsentwürfe sollen am 15. Januar 2024 vorliegen. Sie werden intern begutachtet, ein Workshop mit den Autorinnen und Autoren ist beabsichtigt. Die überarbeiteten und lektorierten Beiträge sollen im Sommer 2024 an den Verlag gehen.

Kontakt

Dr. Peter Bartelheimer, Bremen, p.bartelheimer@t-online.de

PD Dr. Silke Ötsch, Göttingen und Hamburg, silke.oetsch@sofi.uni-goettingen.de

Jahrbücher Ökonomie und Gesellschaft

Die Jahrbuch-Reihe Ökonomie und Gesellschaft besteht seit 1983. Sie ist keiner wirtschaftswissenschaftlichen Orthodoxie verpflichtet und offen für theoretische und empirische Beiträge und Erklärungsansätze aller sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen und für die Diskussion mit Akteurinnen und Akteuren. Die einzelnen Bände sollen über jeweils ein Thema oder einen Ansatz einen interdisziplinären Überblick geben und bieten auch Beiträgen Raum, die nicht dem üblichen Zeitschriftenformat entsprechen.

Den Kreis der Herausgeberinnen und Herausgeber bilden derzeit Peter Bartelheimer, Lutz Bellmann, Gerd Grözinger, Arne Heise, Jakob Kapeller, Wenzel Matiaske, Andrea Maurer, Werner Nienhüser, Silke Ötsch und Katja Rost.

Zuletzt erschien im Verlag Metropolis (Marburg), der die Reihe betreut, Band 34: Heise, Arne; Pusch, Toralf (Hg.) (2022): Mindestlöhne – Szenen einer Wissenschaft. Marburg: Metropolis. ISBN 978-3-7316-1510-1.

<http://www.oekonomie-und-gesellschaft.de/>